

Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je

Dr. Michael Rogowski

- Die Kernfrage lautet, wie viel Staat, Politik und Verwaltung einer Bürgergesellschaft gut bekommen oder wie viel dezentrale, von einzelnen Bürgern, Bürgergruppen und Unternehmen getragene, verantwortete und mitfinanzierte Entscheidungen die Gesellschaft braucht.
- In Folge der Globalisierung kann der Staat seine ursprüngliche Ordnungsfunktion nur noch eingeschränkt wahrnehmen, damit steigt die Bedeutung des *Corporate Citizenship*.
- Der Abbau überdimensionierter Staatsaufgaben und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen staatlichem und eigenverantwortlichem bürgerschaftlichen Handeln sind unumgänglich.
- Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen ist für eine freie, erfolgreiche und solidarische Gesellschaft unverzichtbar. Unternehmen können viel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.
- Ein solches unternehmerisches Engagement kann zwar gefördert, jedoch nicht verordnet werden. Ein positiver Schritt in diese Richtung wäre eine noch weitreichendere Förderung von Stiftungen.
- Auch Unternehmen haben ein Interesse daran, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten.
- Gerade in Bildung und Fortbildung kann *Corporate Citizenship* viel erreichen.
- Unternehmen und Gesellschaft gehören zusammen.
- *Corporate Citizenship* darf allerdings nicht der Lückenbüßer oder Reparaturbetrieb bei Staatsversagen werden.
- *Corporate Citizenship* kann zudem nicht zum Inhalt haben, die Rentabilität eines Unternehmens zu mindern. Vielmehr ist Rentabilität die Voraussetzung für dauerhaftes *Corporate Citizenship*.
- Erfolgreiches *Corporate Citizenship* erfordert die klare Regelung der Verantwortlichkeiten.
- Staat und Gesellschaft sollten mehr auf Innovation durch freiwilliges *Corporate Citizenship* setzen.

Die Globalisierung erfordert mehr *Corporate Citizenship*

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“ – wusste schon der große französische Schriftsteller Victor Hugo. Die Intensität, mit der in jüngster Zeit in Deutschland über bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen diskutiert wird, ist der beste Beweis für die Aktualität dieses Themas. Dabei stellt sich die berechtigte Frage: Wieso eigentlich? Unternehmerisches Engagement im Sinne des „Unternehmens als Bürger“ hat in Deutschland eine lange Tradition. Sie begann keineswegs erst, als der Begriff *Corporate Citizenship* aus den angelsächsischen Ländern herüberkam. **Deutsche Unternehmer und Unternehmen haben sich stets, jedenfalls zum allergrößten Teil, als verantwortliche Mitglieder der Gesellschaft verstanden.** Doch die Globalisierung setzt neue Akzente.

Im Zuge der Globalisierung und rasch wachsender Unsicherheiten und Flexibilitätserfordernis-

se gewinnt *Corporate Citizenship* in dem Maße an Bedeutung, in dem immer offensichtlicher wird, dass der Staat seine vermeintlich angestammte Rolle als alles beherrschende Ordnungsinstanz nur noch eingeschränkt spielen kann. Zu schwerfällig und zu schematisch sind politische und bürokratische Abläufe, zu eng ist die Beschränkung auf das nationale Hoheitsgebiet.

Es wird jetzt noch deutlicher, **dass bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und Unternehmern unverzichtbar ist für eine Gesellschaft, die frei, erfolgreich, solidarisch und vital sein will. Staat und Gesellschaft brauchen die in den Unternehmen gebündelte Kompetenz über den wirtschaftlichen Zweck hinaus.** Das werde ich im folgenden durch ein paar prinzipielle Überlegungen zum bürgerschaftlichen Engagement vertiefen.

Bürgerschaftliches Engagement hilft, den Staatsanteil zu reduzieren

Vor 130 Jahren lag die Besteuerung des Einkommens in Deutschland noch im einstelligen Prozentbereich. Die Staatsquote, also der Teil der Wertschöpfung, der durch die Hände des Staates fließt, hat nahezu 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Das ist schon deshalb zu viel, weil es den so genannten mündigen Bürger in Wahrheit entmündigt. Aber auch deshalb, weil andere Länder mit einer erheblich niedrigeren Staatsquote auskommen. Während die meisten Länder ihre Staatsquote in den neunziger Jahren signifikant gesenkt haben, ist sie in Deutschland konstant geblieben.

Das heißt aber nichts anderes, als dass **dem Bürger und dem Unternehmer in Deutschland von dem, was sie brutto erarbeiten, netto zu wenig**

übrig bleibt. Die hohe Schwarzarbeitsquote ist eine, die vielen Pleiten sind eine zweite Folge, das Anspruchsdenken gegenüber dem Staat eine dritte. **Der Verlust an bürgerschaftlichem Engagement muss uns da nicht erstaunen.** Diese Negativspirale muss außer Kraft gesetzt werden.

Der Staat muss sich von manchen Feldern zurückziehen, damit er sich auf seine zentralen Aufgaben konzentrieren kann. Das hat Bundeskanzler Schröder im April 2000 in seinem grundlegenden Aufsatz zur zivilen Bürgergesellschaft vor allem am Beispiel des Arbeits- und Sozialsektors herausgestellt. Der Adler, der gefesselt ist wie der Riese Gulliver, kann nicht fliegen! Deshalb ist der **Weg zum Abbau überdi-**

mensionierter Staatsaufgaben und zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen staatlichem und eigenverantwortlichem bürgerschaftlichen

Handeln unumgänglich. Dieser Prozess hat zaghafte begonnen. Er muss konsequent zu Ende gebracht werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist innovativ

Das Plädoyer für mehr bürgerschaftliches Engagement und weniger Staatsaufgaben hat auch ganz praktische, operationale Gründe. Der Staat ist aus Gründen der Zentralisierung, des Mehrheits- und des Konsensprinzips ein schwerfälliges Gebilde, oft nicht in der Lage, in der nötigen Vielfalt und Geschwindigkeit Innovationen in den ihm bisher vorbehaltenen Gebieten voranzutreiben. Das erleben wir seit vielen Jahren überdeutlich. In einer Zeit, in der Veränderung und Anpassung unumgänglich sind, ist das besonders schmerzlich.

Unabhängigkeit von politischen Mehrheiten und von Bürokratie ist ein Vorteil, den die Unternehmen gegenüber dem Staat genießen. „Nirgends ist die Freiheit wichtiger als dort, wo

unsere Unwissenheit am größten ist – mit anderen Worten, an den Grenzen des Wissens, wo niemand voraussagen kann, was für ein Schritt vor uns liegt“, schreibt der Nobelpreisträger Friedrich A. von Hayek in seiner „Verfassung der Freiheit“.

Das heißt natürlich nicht, dass wir über alle Risiken hinwegsehen dürfen. Es heißt aber sicher: Das Prinzip *trial and error* ist unverzichtbar. Ohne dieses Prinzip keine Innovation, **ohne Innovation kein Fortschritt, ohne Fortschritt kein Wohlstand, ohne Wohlstand keine nachhaltige Corporate Citizenship**, die gerade für gesellschaftliche Innovationen entscheidend ist. *Corporate Citizenship* ist zwar nicht Geld allein, aber ohne Geld nichts.

Bürgerschaftliches Engagement ist flexibel

Wir müssen begreifen, dass die Unternehmen – über Innovationen im technologisch-ökonomischen Sinne hinaus – aufgrund ihrer Stärken viel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, auch solcher, die nicht zu ihrem zentralen Unternehmensgegenstand gehören, beitragen können, weil sie manches flexibler und unkonventioneller angehen können als öffentliche Einrichtungen.

Zwar wäre es schlecht, wenn *Corporate Citizenship* der Lückenbüsser oder Reparaturbetrieb bei Staatsversagen würde. Darum kann es nicht gehen. Im Kern geht es um die Frage, **wie viel Staat, Politik und Verwaltung einer Bürgergesellschaft gut bekommen oder wie viel dezen-**

trale, von einzelnen Bürgern, Bürgergruppen und eben auch Unternehmen getragene, verantwortete und mitfinanzierte Entscheidungen die Gesellschaft braucht.

Viele Unternehmer und Unternehmen leisten – oft ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit – wertvolle Beiträge zum Gemeinwohl. Viele fassen mit an, wenn Probleme außerhalb des Unternehmens rasch und unbürokratisch gelöst werden müssen. Sie sind dabei gute und zuverlässige Partner der Politik, von Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen, von Schulen und Bildungseinrichtungen, von Gesundheits- und Umweltorganisationen.

Das kann man an dem vielleicht noch relativ leicht überschaubaren Beispiel der Kunst verdeutlichen. Soll die Förderung der Kunst Sache der staatlichen Kunstverwaltung sein? Soll die Administration darüber entscheiden, welche Art, welche Richtung von Kunst in welchem Umfang gefördert wird? Mit allen Rechtfertigungszwängen vor Rechnungshöfen und politischen Mehrheiten? Oder wollen wir viele unabhängig voneinander entscheidende Bürger

oder Gruppen von Bürgern haben, die ihre Entscheidungen natürlich auch finanziell selbst tragen, zumindest mittragen? Es bedarf wohl kaum weiterer Erläuterung, um zu sehen, **dass eine Gesellschaft vielfältiger und offener entscheidet, wenn sie es – wo immer möglich – nicht den zentralen Instanzen überlässt, sondern Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und eben auch Unternehmen.**

Bürgerschaftliches Engagement in der Bildung

Es gibt viele Bereiche, in denen Staat und Gesellschaft von Unternehmen mit ihrem organisatorischen und finanziellen Potenzial profitieren können. Natürlich lässt sich das Erfolgsrezept der Wirtschaft – Freiheit und Wettbewerb – nicht auf alle Lebensbereiche übertragen, aber mit Sicherheit auf viel mehr Sektoren als bisher.

Nur ein Feld von vielen, die Bildung: Ich bin überzeugt, dass **Corporate Citizenship gerade in Bildung und Fortbildung viel erreichen kann.** Innovative Lösungen können erprobt und neue Impulse ausgelöst werden. Positive Beispiele gibt es genug:

- Die Wirtschaft setzt mit Hochschulgründungen wie der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar bei Koblenz Maßstäbe für Wirtschaftsnähe im Erststudium.
- Die European School of Management and Technology in Berlin trägt unternehmensnahe wissenschaftliche Exzellenz in die Fortbildung.
- Privatschulen erbringen oft bessere Leistungen zu geringeren Kosten als entsprechende staatliche Veranstaltungen – siehe PISA.

Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wird von mangelndem Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge bedroht. Deswegen ist *Corporate Citizenship* gerade im Blick auf wirtschaftliche Bildung an den Schulen von so großer Bedeutung. Solches Engagement bringt einen Mehrwert für das Unternehmen, aber auch einen Mehrwert für ein „funktionierendes“ Gemeinwesen. **Wir müssen lernen, in Gesamtzusammenhängen von Wirtschaft und Gesellschaft zu denken. Wirtschaftliche Effizienz und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander.** Wir müssen uns von den Fesseln falscher Denkmuster befreien!

Allerdings kann und **darf der Staat damit nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden.** Gerade wenn es um Fragen der Grundversorgung mit Bildung geht, brauchen wir den Staat. Wir brauchen sogar mehr Staat, wenn es um den Mitteleinsatz geht, und wir brauchen einen Staat, der seinen Bildungsträgern moderne unternehmerische Strukturen gibt.

Wer möchte, dass sich Unternehmen etwa in den Schulen der Region engagieren, der muss die Schulen auch offen dafür machen. Der muss zum Beispiel für sehr viel mehr Freiheit im Sin-

ne von Autonomie der einzelnen Schulen sorgen, denn wie sollen sich Unternehmen z. B. in der Gebäudesanierung oder im Schulmanage-

ment engagieren können, wenn der Direktor noch nicht einmal einen Anstreicher bestellen darf?

Corporate Citizenship in der Berufsausbildung

Bürgerschaftliches Engagement besteht nicht zuletzt darin, dass Unternehmen über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden. An Ausbildung über Bedarf verdient das Unternehmen nichts. Im Gegenteil – manchen erscheint es kostengünstiger, nicht einmal für den eigenen Bedarf auszubilden – leider! Ausbildung über den Bedarf jedenfalls kostet das Unternehmen Geld. Es gewinnt der Auszubildende – an Qualifikation, an beruflicher Perspektive, an Zukunft – und es profitiert die Gesellschaft, die sowohl während der Ausbildung als auch nach der Ausbildung weniger Arbeitslose hat.

Doch die **von den Regierungsfractionen mit aller Macht angestrebte Ausbildungsplatzabgabe wird für bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich in vielen Fällen das Ende bedeuten.** Nicht nur, dass die Abgabe für die Betriebe, die sie bezahlen, die Steuer- und Abgabenlast erhöht und damit weitere Ausbildungs-

und Arbeitsplätze verloren gehen: Die Ankündigung ganz oder teilweise bezahlter Ausbildungsplätze wird viele Unternehmen dazu bewegen, ihr für die Gesellschaft kostengünstiges Ausbildungsplatzangebot einzuschränken oder ganz abzuschaffen. **Man kann nicht gleichzeitig freiwilliges Engagement bei den einen kostenfrei erwarten und andere für die gleiche Leistung bezahlen lassen.**

Corporate Citizenship verliert nicht nur seinen Charme, sondern auch seine Existenzgrundlage, wenn es erzwungen werden soll. **Bürgerschaftliches Engagement kann zwar gefördert, aber nicht verordnet werden.** Ich weiß mich mit dem Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement einig, dass wir diesen Weg nicht gehen sollten, denn ich halte „das Unternehmen als Schule“ nach wie vor für ein ausgezeichnetes Beispiel von *Corporate Citizenship* und für einen großen Standortvorteil Deutschlands.

Verordnetes bürgerschaftliches Engagement verhindert ökonomische Lösungen

Den Unternehmen und ihren Verbänden wird schon jetzt in einem nicht ganz unwichtigen Bereich gesellschaftliches Engagement verordnet, das zu suboptimalen Ergebnissen führt: Ich meine die so genannte paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und die damit verbundene Mitarbeit in den einschlägigen Gremien. Auch die Pflegeversicherung könnte hier angeführt werden.

Die so genannte paritätische Finanzierung suggeriert den Arbeitnehmern, dass die Unternehmen 50 Prozent der Beiträge zahlen. Dies ist aber eine „Beitragsillusion“. Denn jeder Beschäftigte muss an seinem Arbeitsplatz nicht nur seinen Bruttolohn erwirtschaften, sondern auch die Lohnzusatzkosten, die das Unternehmen für ihn abführt. Auch diese Kosten gehören zum „Entgelt“.

Die so genannte paritätische Finanzierung vermindert nur die Sichtbarkeit von Beiträgen für die Arbeitnehmer – und von Beitragserhöhungen. Sie verstellt den Blick dafür, wie wichtig zum Beispiel der Wettbewerb der Versicherungen um die Versicherten wäre, um Beiträge niedrig zu halten oder Leistungen zu verbessern. Sie **vermindern** also das **Gefühl für die Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung**.

Eine Abkopplung der Beiträge zur Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis würde hier für Klarheit sorgen. Die Abkopplung wäre kein Rückzug der Unternehmen aus der gesellschaft-

lichen Verantwortung, die auf diese Weise gar nicht wahrgenommen werden kann, sondern würde eine klare, für alle erkennbare Zuordnung von Verantwortung bedeuten.

Erst wenn die Verantwortlichkeiten klar gestellt sind, kann Corporate Citizenship erkennbar zum Tragen kommen: In der betrieblichen Altersvorsorge und den Betriebskrankenkassen genauso wie in familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen oder Kindertagesstätten, um ganz andere Aspekte des Beschäftigungsverhältnisses zu erwähnen.

Fallbeispiel Voith AG in Heidenheim

Als Beispiel, wie unternehmerische Beiträge konkret aussehen könnten, möchte ich nur einige *non-profit*-Aktivitäten des Unternehmens nennen, für das ich viele Jahre tätig war und noch bin – der Voith AG in Heidenheim. Mit dem Unternehmen sind zwei Stiftungen verbunden. Die eine fördert die Berufsausbildung, die andere ist in dem weiten Feld kultureller, sozialer und fortbildungsorientierter Arbeit engagiert. Wir beteiligen uns im Bereich der schönen Künste an einem Bildhauersymposium und an diver-

sen Kunstaussstellungen. Wir unterstützen den Sport, insbesondere die in Heidenheim sehr erfolgreichen Fechter – einer davon, Ralf Bissdorf, hat bei der Olympiade in Sydney die Silbermedaille im Florettfechten errungen. Führungskräfte von Voith beraten junge Unternehmer in einem Existenzgründerforum. Wir haben gemeinsam mit der Stadt Heidenheim einen Verein „Kindervilla e. V.“ ins Leben gerufen. Dort werden aktuell 45 Kinder betreut – ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden bei uns oft und gern als Vorbilder in Sachen *Corporate Citizenship* der Unternehmen dargestellt. Wer A sagt muss allerdings auch B sagen. Und mit B meine ich **ähnlich niedrige Steuerlasten**. Höhere Steuern bedeuten zwangsläufig **weniger freiwilliges unternehmerisches Engagement**. **Wenn die Politik mehr bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen fordert, muss sie hierfür auch die Voraussetzungen**

schaffen. Das fängt bei den Steuern an und endet bei der untauglichen Ausbildungsplatzabgabe.

Auf dem Diskussionsforum „*Corporate Citizenship* oder bürgerschaftliches Engagement deutscher Firmen“ im Juli 2001 erklärte der Staatsminister im Bundeskanzleramt Hans-Martin Bury: „Die Bundesregierung hat Reformen durchgeführt und eingeleitet, um öffentliche und politische Verantwortung neu zu justieren. Sie hat

Bürger und Wirtschaft von Steuern und Abgaben auch deshalb entlastet, um Mittel freizumachen für mehr Engagement. **Denn nur wer mehr Freiraum bekommt, kann und soll mehr Verantwortung übernehmen.**“ Wir werden diesen Kurs fortsetzen müssen, wenn wir ähnlich innovativ wie die USA sein wollen.

Besonders markantes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement sind die zahllosen **Stiftungen großer und kleiner Unternehmen**. Auch die Bürgergesellschaft von morgen ist auf Stiftungen angewiesen, die die persönliche Identifikation des Bürgers mit seinem Engagement für das Gemeinwohl ermöglichen. Stiftungen von Unternehmern und Unternehmen sorgen in besonderer Weise dafür, dass die **Kontinuität in der Förderung auch zugunsten langfristiger und kostenintensiver Projekt** aufrechterhalten wird. Im Ideal-

fall werden Unternehmen zu dauerhaften Mitträgern von Kultur- und Sozialinstitutionen.

Wer also *Corporate Citizenship* wirklich will, tut gut daran, Stiftungen in einem noch viel weiterreichenden Maße als bisher zu fördern. Gerade in ihrer Behandlung zeigt sich, ob wir **innovative dezentrale Entscheidungen** wollen oder uns doch lieber hinter **politischen Konsensentscheidungen und staatlichen Verwaltungs- und Kontrollmechanismen** verstecken. Heute müssen Stiftungen nach einem Konzessionssystem staatlich genehmigt werden. Die Verfahren dauern manchmal sehr lange, in einigen Ländern wie Nordrhein-Westfalen durchschnittlich zehn Monate. Wenn wir *Corporate Citizenship* ernst nehmen wollen, muss an die Stelle des Konzessionssystems ein „Recht auf Stiftungen“ treten mit einem einfachen Registrierungssystem.

Corporate Citizenship gegen Shareholder Value?

Manche verbinden mit *Corporate Citizenship* die Forderung, grundsätzlich eine bezahlte Freistellung für jedes beliebige Ehrenamt eines Mitarbeiters arbeits- oder tarifrechtlich festzuschreiben. Doch das wäre *Corporate Citizenship* auf Kosten der Kollegen, die den Produktionsausfall mit erarbeiten müssen. **Was wir brauchen, ist gerade nicht eine Verschärfung des starren Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt.** Letzteres würde nicht nur den Preis für den Faktor Arbeit, sondern auch die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen.

Einige scheinen unter *Corporate Citizenship* auch zu verstehen, unrentable Arbeitsplätze um der Beschäftigung willen zu erhalten. Wenn Unternehmen aber unter der Überschrift *Corporate Citizenship* unrentable Arbeitsplätze erhalten, tun sie sich und der Gesellschaft mittelfristig keinen Gefallen. Sie gefährden vielmehr das Unterneh-

men – und damit auch die rentablen Arbeitsplätze. ***Corporate Citizenship* kann nicht zum Inhalt haben, die Rentabilität eines Unternehmens zu mindern.**

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: **Rentabilität ist die Voraussetzung für dauerhafte *Corporate Citizenship*.** Und es hängt wesentlich von der Lohnhöhe ab, ob Arbeitsplätze rentabel oder unrentabel sind. Unternehmen entlassen dann, wenn Arbeitnehmer nicht zu halten sind, weil zum Beispiel die von den Gewerkschaften durchgesetzten Löhne einschließlich der Lohnzusatzkosten nicht erwirtschaftet werden.

Deswegen betrachte ich auch den erfolgreichen Widerstand der Unternehmen der Metallindustrie der neuen Bundesländer gegen die flächendeckende Einführung der 35-Stunden-Woche als *Corporate Citizenship*, denn es nutzt der Gesamt-

gesellschaft mindestens genauso viel wie den beteiligten Unternehmen.

Der unternehmerische Erfolg selbst bedeutet schon bürgerschaftliches Engagement, denn der Erfolg schafft und sichert Arbeitsplätze. Das ist der beste Dienst an der Gesellschaft.

Darüber hinaus wird dauerhaft nur jener Unternehmer seiner Gesellschaft auch weitergehend dienen können, der unternehmerischen Erfolg hat. Nur mit einer ausreichenden Wertschöpfung kann die Wirtschaft ihre wichtigsten Aufgaben erfüllen: Menschen bei der Produktion notwendiger bzw. nachgefragter Güter und Dienstleistungen zu beschäftigen, die Nachfrage danach zu befriedigen und so den Wohlstand zu erhöhen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Unternehmen benötigen **Freiheit** für ihre Tätigkeit. Sie brauchen **Impulse aus Bildung und Forschung, sozialen Frieden** und eine **intakte**

Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen

Umwelt, Kultur und Infrastruktur als Basis ihres Erfolgs. Deshalb müssen sie als *Corporate Citizens* das politische und gesellschaftliche Umfeld mitgestalten.

Dabei geht es um Felder wie Bildung und Weiterbildung, Jugendarbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration von Minderheiten oder die intelligente Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie. **Nicht zuletzt deshalb können Corporate Citizenship und Shareholder-Value keine Gegensätze sein. Unternehmen und Gesellschaft – das sind nicht zwei verschiedene Welten, sondern das gehört zusammen wie Leben und Arbeiten.**

Dabei sollten wir alle wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg von heute letztlich nicht der Endzweck ist, sondern ein Mittel zum Leben in Frieden und Freiheit und ein Mittel zur Gestaltung der Zukunft – allerdings eben auch der unternehmerischen Zukunft.

Initiative Freiheit und Verantwortung

Die Präsidenten der vier Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft, BDI, BDA, DIHK und ZDH haben 2001 gemeinsam mit der Wirtschaftswoche die Initiative „Freiheit und Verantwortung“ ins Leben gerufen. Die Initiative, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht, hat sich zwei Ziele gesetzt:

- Erstens soll das bürgerschaftliche Engagement deutscher Unternehmen deutlicher als bisher herausgestellt und dokumentiert werden.
- Zweitens wollen wir das Engagement der Unternehmer verstärken. Es geht darum, mit mehr unternehmerischer Kreativität und Einfallsreichtum an die Lösung gesellschaftlicher Probleme heranzugehen.

Es ist die Leitvorstellung der Initiative, die soziale Marktwirtschaft auch durch Nutzung der individuellen Kernkompetenzen der Unternehmen weiterzuentwickeln. Dafür verleiht die Initiative seit 2001 jährlich den Preis „Freiheit und Verantwortung“ für herausragendes und nachahmenswertes gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Um diesen Preis in den drei Kategorien kleine, mittlere und große Unternehmen können sich alle Firmen mit Sitz in Deutschland bewerben.

Ganz bewusst werden für diesen Wettbewerb keinerlei inhaltliche Vorgaben gemacht. Kreativität braucht Freiheit. Jedes Unternehmen weiß selbst am besten, wie und wo es seine ganz spezifische Kompetenz und Erfahrung einbringen

kann. Nur so wird es gelingen, sowohl der Vielfalt der Unternehmen, als auch der gesellschaftlichen Fragen vor Ort gerecht zu werden. Die vier Beurteilungskriterien **Kooperation, Wirkung, Nachhaltigkeit und Synergie** machen deutlich, worum es uns geht:

- Unter dem Kriterium „Kooperation“ wird das bürgerschaftliche Engagement des Unternehmens danach beurteilt, inwieweit die Mitarbeiter mit den verschiedensten externen Akteuren der Bürgergesellschaft zusammenarbeiten, um die Vernetzung zwischen Unternehmen und Gesellschaft sichtbar zu machen.
- Bei dem Kriterium „Wirkung“ wird danach gefragt, inwieweit und mit welchen Methoden welches gesellschaftliche Problem gelöst werden konnte.
- Mit dem Kriterium „Nachhaltigkeit“ wird bewertet, inwieweit die entstandenen Kooperationen dauerhaft sind und ob das Vorhaben eine Vorbildfunktion für andere hat.
- Bei „Synergie“ kommt es darauf an, dass das bürgerschaftliche Engagement mit der Kernkompetenz und den spezifischen Ressourcen des Unternehmens im Zusammenhang steht.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Initiative, das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmen zu fördern und vor allem zu zeigen, wo und unter welchen Voraussetzungen *Corporate Citizenship* bessere Lösungen bietet als staatliches Handeln. Beides hat Stärken, die auf verschiedenen Feldern zum Tragen kommen. Der Tendenz nach **kann sich der Staat von manchen Gebieten zurückziehen und mehr auf Innovation durch freiwilliges *Corporate Citizenship* setzen.**

Zum Autor

Dr. Michael Rogowski ist Vorsitzender des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrates der Voith AG. Seit dem 1. Januar 2001 ist er Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und wurde am 25. November 2002 für eine weitere Amtsperiode gewählt.